Mehrheit des Stadtrats stimmte im zweiten Anlauf zu:

adt nimmt Einwände gegen OMW-Ausbau zurück

und FDP sehen die ursprünglichen Vorbehalte erfüllt / SPD-Fraktion erneut geschlossen dagegen

Von unserem Redaktionsmitglied Hermann Winkler

Was die Stadt Karlsruhe anbelangt, steht der geplanten Erweiterung der Oberrheinischen Mineralölwerke (OMW) jetzt nichts mehr im Wege. Durch Beschluß des Stadtparlaments erklärte die Stadtverwaltung ihr für eine Genehmigung des Raffinerieausbaus erforderliches Einvernehmen und nahm gleichzeitig ihre Einwendungen zurück, die sie Anfang 1972 gegen dieses Projekt erhoben hatte. Die Mehrheit des Stadtrats nahm diese Hürde gegen die Stimmen der SPD-Fraktion im zweiten Anlauf, nachdem die Stadtväter im Juli dieses Jahres ihre Zustimmung an einem ganzen Katalog von Bedingungen geknüpft hatten. Voraussetzung für den Beschluß in der gestrigen Sitzung bildete eine Stellungnahme des Regierungspräsidiums, in der sowohl das Bürgermeisteramt als auch die Mehrheit des Stadtrats die geforderten Vorausset-

BA 1914 1344 . 4

Die Oberrheinischen Mineralölwerke wollen bekanntlich, wie schon mehrfach berichtet, ihre Raffinerie auf einen Rohöldurchsatz von derzeit sechs auf künftig 12,5 Millionen Tonnen pro Jahr verdoppeln. Bereits im Oktober 1971 haben sie beim Regierungspräsidium Karlsruhe die Genehmigung für eine Erweiterung ihrer Anlagen beantragt. Im Rahmen des gewerberechtlichen Verfahrens für die Erweiterung hat die Stadt neben anderen Einsprechern wenig später gegen das Erweiterungsvorhaben ebenfalls sogenannte "fürsorgliche Einwendungen" erhoben. Sie sollten bis zur Klärung der Frage bestehen bleiben, ob es bei dem derzeitigen Stand der Technik möglich ist, die Gesamtbelastung des Raumes Karlsruhe durch Emissionen auch bei einer Erweiterung nicht wesentlich zu erhöhen.

· zungen als weitgehend erfüllt sahen.

Ganzer Katalog von Auflagen

Nach monatelangen öffentlichen Diskussionen über das Vorhaben und zwei Erörterungsterminen mit den Einsprechern durch das Regierungspräsidium, hat die Landesregierung in Stuttgart im März dieses Jahres bekanntlich ihre aufsehenerregende Grundsatzentscheidung getroffen: Sie stellte den OMW die Genehmigung zum Ausbau ihrer Raffinerie nur dann in Aussicht, wenn die Gesellschaft mit Hilfe neuer Technologien u.a. sicherstellt, daß auch bei doppelter Kapazität nicht mehr Schwefeldioxyd als derzeit entweicht, nämlich 2000 kg pro Stunde. Das bedeute eine wesentliche Verringerung der heute zulässigen Emissionsmenge von 6300 kg pro Stunde.

Aufgrund dieser und anderer sehr strenger Auflagen, die unter anderem auch die Emissionen von Benzol, Schwefelwasserstoff, Stick-oxide, Staub und Äthyl-Merkaptan betrafen, hat das Regierungspräsidium als zuständige Genehmigungsbehörde im Frühjahr einen Vorbescheid über die Erweiterung erarbeitet. Er enthält einen ganzen Katalog konkreter Bestimmungen, die sich am Beschluß der Landesregierung orientieren.

Dieses Papier bildete, wie seinerzeit berichtet, die Grundlage für die Diskussion, mit der sich

der Karlsruhe Stadtrat bei seinem Durlacher sagung des Einvernehmens kein Raum".
Tag" bereits Anfang Juli dieses Jahres schon

Für und wider das Projekt einmal mit der OMW-Erweiterungauseinandersetzte. Zwar stimmte das Plenum gegen die Stimmen der SPD-Fraktion damals dem Vorschlag des Bürgermeisteramtes zu, die gegen Tisch, die schon im Juli in der Durlacher Festden Raffinerieausbau angemeldeten Einwendungen aus dem Jahre 1972 zurückzunehmen, mochte seine Bedenken aber nicht ganz zurückstellen. Die Stadtväter kleideten diese Beden-ken auf Initiative der FDP in einen ganzen Katalog zusätzlicher Voraussetzungen, von deren Erfüllung sie ihr Einvernehmen abhängig chen darstelle". Er nannte die Erweiterung der

betrafen vor allem diese Punkte;

① Sicherstellung einer vollständigen und rechtzeitigen Information des Stadtrates über zu vertreten. alle folgenden Genehmigungsschritte

Gesamtbelastung des Karlsruher Raums

Anzahl der Meßstellen, sondern auch die der zu mung entschlossen. Auch der Sprecher der messenden Faktoren erhöht werden sollte.

4 Verwendung der Ergebnisse aus uiesen Messungen für das weitere Genehmigungsverfahren zur OMW-Erweiterung

3 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Landesplanung um sicherzustellen, daß eine Konzentration technischer Großanlagen im Raum Karlsruhe nicht weiter zunimmt.

OB: Stellungnahme "zufriedenstellend"

Nachdem das Regierungspräsidium sich in einer Stellungnahme zu diesen Vorbehalten geäußert hatte, kam das Thema OMW-Erweiterung in der gestrigen Sitzung des Stadtrats erneut auf den Tisch. Oberbürgermeister Otto Dullenkopf nannte das Papier in seinen Vorbemerkungen "zufriedenstellend" und stellte noch einmal kurz die Gesichtspunkte dar, welche die Zustimmung der Stadt zu den Erweiterungsvorhaben nahelegten. Er verwies dabei u. a. auf folgende Punkte:

 Städtebauliche Gründe gegen die Erweiterung bestehen nicht,

• Das Vorhaben trägt den Belangen des Umweltschutzes in dem nach dem gegenwärti-

gen Stand der Technik möglichen Rahmen Rechnung

• Die Erweiterung der Raffinerie leistet selbst einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz, da sie vor allem für die Herstellung bleiarmen Benzins bestimmt ist.

Otto Dullenkopf sah die Auffassung des Bürgermeisteramtes außerdem bestätigt durch die Darstellungen des Bundesinnenministers sowie durch den baden-württembergischen Wirtschaftsminister, die er um ihre Stellungnahme zu dieser Frage gebeten hatte. Beide hatten mit Hinweis darauf, daß die OMW nicht nur strenge Auflagen im Sinne des Umweltschutzes zu erfüllen habe, sondern in ihren neuen Anlagen vor allem auch umweltfreundlichere Produkte herstellen werde, das öffentliche Interesse an der Durchführung des Vorhabens bekundet. Bei einer Abwägung der Belange der Allgemeinheit an einer geordneten Energieversorgung einerseits und der Bestrebung der Freihaltung des Karlsruher Luftraumes durch zusätzliche Emissionsbelastungen andererseits sei für eine "Ver-

In der erneut sehr lebhaften Diskussion des Plenums kam noch einmal ein Teil der Argumente für und wider das Vorhaben auf den halle von den Fraktionen ins Feld geführt worden waren. Für die SPD-Fraktion versagte Stadtrat Erwin Sack erneut die Zustimmung, da sich inzwischen keine neuen Gesichtspunkte ergäben hätten und die Stellungnahme des Regierungspräsidiums lediglich ein "Trostpflästermachten. Es handelte sich also um ein Ja mit Raffinerie insgesamt nicht förderlich, sondern Vorbehalten.

Raffinerie insgesamt nicht förderlich, sondern schädlich für die Bevölkerung des Raumes Die damals für die Zurücknahme der Einwen- Karlsruhe: "Darüber dürfen wir uns einfach dungen vom Stadtrat geforderten Bedingungen nicht hinwegtäuschen". Der Karlsruher Stadtrat habe nicht die allgemeinen Belange, sondern vor allem die Interessen der Bürger dieser Stadt

Dagegen sah FDP-Stadtrat Dr. Jürgen Morlok -② Erarbeitung eines medizinisch-statisti-schen Gutachtens über die gesundheitlichen Auswirkungen der OMW-Erweiterung und der Gesamtbelastung des Karlsruher Raums

die im Juli geäußerten Bedenken des Stadtrates durch die Stellungnahme des Regierungspräsi-diums weitgehend berücksichtigt, "wenn auch nicht voll befriedigend". Obwohl ihr die Ent-3 Eine Verstärkung und Erweiterung des ge- scheidung nicht leicht gefallen sei, habe sich die planten Meßstellennetztes, wobei nicht nur die FDP aufgrund der neuen Sachlage zur Zustim-CDU-Fraktion, Stadtrat Wolfram Meyer, verwies noch einmal auf die gravierenden technischen Auflagen der Landesregierung und

der abschließenden Abstimmung fand ne Mehrheit von CDU und FDP dafür, die ndungen gegen das Raffinerieprojekt zu-inehmen. Die SPD-Fraktion ihrerseits te geschlossen dagegen. durch die Antwort des Regie-im wesentlichen positiv beantrungspräsidiums in wortet. sich eine Mehrhe Einwendungen g rückzunehmen. stimmte geschlos